

Rheinische Post, Samstag, 20.5.2020

Gastronomie kämpft mit Problemen

Der Betrieb ist vielerorts eher schleppend angelaufen. Ärger gibt es auch, weil nicht alle Gäste die Namenslisten korrekt ausfüllen.

VON NICOLE LANGE, BRIGITTE PAVETIC
UND UWE-JENS RUHNAU

DÜSSELDORF Gut eine Woche nach dem Neustart in der Gastronomie kann von ausgebuchten Restaurants vielerorts nicht die Rede sein. Als ein Grund gilt die Sorge, sich trotz aller Vorkehrungen bei einem Restaurantbesuch mit dem Corona-Virus zu infizieren. Zudem fremdeln einige Gäste damit, dass ihre Kontaktdaten erfasst werden. Thorsten Hellwig, Sprecher des Branchenverbands Dehoga in NRW, befürchtet, dass mindestens 30 Prozent der gastronomischen Betriebe Pleite gehen könnten. „Viele Unternehmer sprechen in der aktuellen Lockerungsphase von 50 Prozent Umsatzeinbußen.“ Viele bräuchten aber mindestens 70 Prozent des Vorjahresumsatzes, um zu überleben.

„Es geht tatsächlich schleppend“, sagt auch Gastronom Giuseppe Saitta, Vorsitzender der Dehoga-Kreisgruppe Düsseldorf. „Es muss sich bei den Bürgern erst Vertrauen in die Maßnahmen entwickeln.“ Die Gastronomen investierten viel Geld und Mühe, um alle Vorschriften sorgsam umzusetzen und Gäste wie Mitarbeiter zu schützen.

Besuche in Restaurants etwa in Friedrichstadt, Oberbilk und der Altstadt zeigen zwar, dass manche Gäste durchaus Lust haben, nach der langen Pause endlich essen zu gehen. Den Baas der „Uerige“-Brauerei, Michael Schnitzler, freut vor allem die positive Stimmung seiner Gäste. „Alle sind froh, dass wir wieder da sind“, sagt er. Die Menschen seien diszipliniert und einsichtig, wenn mal etwas zu regeln sei. In vielen Lokalen bleiben aber auch Tische frei – obwohl deren Zahl wegen der Schutzverordnung ohnehin geringer ist als zuvor.

„Manche kleinere Restaurants haben gar nicht erst geöffnet, weil es sich mit der verminderten Zahl nicht lohnt“, sagt Saitta. Seine Osteria in Niederkassel (16 Plätze) ist deswegen weiterhin geschlossen. Auch größere Lokale haben zu kämpfen: In der Altstadt stehen normalerweise 400 Sitzplätze zur Verfügung; momentan bleiben aber nicht nur die leer, die gesperrt sind. „Wir werden diese Durststrecke durchhalten, aber es ist hart“, sagt die Assistentin der Geschäftsführung, Inga Pe-



Inga Peters im Restaurant „Zum Schiffchen“ in der Altstadt. Sie sagt: „Wir werden diese Durststrecke durchhalten, aber es ist hart.“

RP-FOTO: ANDREAS BRETZ

ters. Einige wenige Mitarbeiter reichen, um den Laden am Laufen zu halten, die Speisekarte wurde verkürzt. Erschwert habe die Lage, dass mancher Gast das Lokal mit dem namensähnlichen Restaurant in Kaiserswerth verwechsle, um das es gerade viel Ärger gibt. „Wir werden

deswegen angerufen und angesprochen, dabei haben wir nichts damit zu tun.“ In der Brauerei „Zum Schlüssel“ ist ebenfalls spürbar weniger los als sonst. „Rein wirtschaftlich betrachtet lohnt es sich nicht“, sagt Chef Karl-Heinz Gatzweiler. Giuseppe Saitta glaubt, dass in

dieser Situation Terrassen und Außenplätze für viele Gastronomen besonders wichtig sind. In einem bisher nicht verhandelten Ratsantrag hat der CDU-Politiker daher vorgeschlagen, die Stadt möge die bisherigen Nutzungsrechte kostenlos erweitern, „damit zumindest ein

Teil der entfallenden Umsätze ausgeglichen werden kann“. Weil durch den vorgeschriebenen Abstand Tische wegfallen, sollen die Lokale demnach einfach mehr Außenfläche nutzen dürfen. Auch Lokale, die bisher keine Außengastronomie hatten, sollten profitieren, heißt es

in dem Antrag: Dafür kämen Bürgersteige und Plätze in Frage.

Unterdessen arbeitet das städtische Ordnungsamt an der Frage, wie Falschangaben in den Namenslisten zu ahnden sind. Das Problem tauchte auf, als am Wochenende eine Shisha-Bar aufflog. Hintergrund: Ein Schankbetrieb ist so lange erlaubt, bis er verbotenerweise Shisha-Pfeifen ausgibt. Als der städtische Ordnungs- und Servicedienst (OSD) eine solche Bar kontrollierte, stellte er fest, dass der Gastronom gegen viele Vorschriften verstieß. Als die Namenslisten mit den anwesenden Gästen abgeglichen wurden, fielen viele falsche Einträge auf.

Die Kritik trifft hier nicht den Wirt, sondern den Gast. Das Vergleichen ist aber keine Kleinigkeit, denn die Falschangaben verhindern die Aufklärung von Infektionsketten. Laut Ordnungsdezernent Christian Zaum konnte weder der Deutsche Städtetag noch das NRW-Gesundheitsministerium am Dienstag sagen, ob die Gäste nach normalem Ordnungsrecht oder dem Bußgeldkatalog der Corona-Schutzverordnung zu bestrafen sind. Im einen Fall sind es 35 oder 55 Euro, im anderen beginnen die Bußgelder bei 200 Euro. „Das ist eine Lücke“, sagt Zaum, der das Ministerium um Klärung gebeten hat, wie zu verfahren ist.

OB-Kandidat Keller schlägt Gastroschutzschirm vor

VON ALEXANDER ESCH

Angesichts der existenziell bedrohlichen Lage, in der sich viele Gastronomen auch nach der Wiedereröffnung befinden, schlägt OB-Kandidat Stephan Keller (CDU) einen kommunalen Rettungsschirm vor. Zwar sei ein solches Hilfspaket eigentlich Sache von Bund und Land, wenn es aber nicht dazu komme, dürfe sich „die Stadt nicht vom Acker machen“. Vielmehr müsse sie schnell helfen, da die Unterstützung jetzt gebraucht werde. Keller will eine gezielte Förderung der Branche, da sie nicht nur besonders betroffen sei, sondern einen „unvergleichlich hohen Stellenwert für die Stadt“ besitze.

Keller schwelt eine Unterstützung bei Fixkosten wie Miete und

Versicherung vor. 50 Prozent der Leistung sollten als Zuschuss, 50 Prozent als Darlehen gewährt werden. Die Rückzahlung könne erfolgen, wenn der Betrieb wieder ausreichend Gewinne erwirtschaftete. Die Stadt solle insgesamt einen einstelligen Millionenbetrag in die Hand nehmen. Dabei dürfe die Hilfe nur Unternehmen zugute kommen, die vor der Krise gesund waren. Die CDU-Fraktion arbeitet nun laut ihrem Vorsitzenden Rolf Tups an einem entsprechenden Antrag.

Mit seinem Vorschlag stößt Keller bei den anderen Parteien auf offene Ohren, vor allem die besondere Bedeutung der Gastronomie für die Stadt wird dort gesehen. Eins zu eins folgen will Keller jedoch niemand. Der OB-Kandidat der Grünen Ste-

fan Engstfeld will das „Land nicht so einfach aus der Pflicht entlassen“. Mit ihm müsse eine Struktur mit Verteilerschlüssel und Bemessungsgrundlagen für die Hilfeleistungen erarbeitet werden. Er sieht jedoch auch, dass es gezielte, kommunale Zuschüsse brauche. Zudem schlägt Engstfeld vor, die Terrassengebühren für zwei Jahre zu erlassen und nicht wie bislang für ein Jahr. Zudem sollten die Außenterrassen – wie von der CDU vorgeschlagen – erweitert werden können, und der Vorschlag schnell umgesetzt werden.

Auch die OB-Kandidatin der FDP, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, zeigt sich gesprächsbereit. „Ich begrüße alle Ideen, die dazu beitragen, die Vielfalt der Gastronomie in der Stadt zu erhalten.“ Man könne

sich gerne zusammensetzen, um zu überlegen, wie man möglichst gerecht helfen könne.

SPD-Fraktionschef Markus Raub geht am stärksten auf Distanz zum Vorschlag. „unausgegoren“ nennt er ihn. Sicher könne man über alles reden, aber er frage sich, wo das Geld angesichts wegbrechender Einnahmen herkommen solle. Und er fürchte, dass man mit dem Betrag nicht weit komme. Unklar sei auch, nach welchen Kriterien das Geld verteilt werden soll, da es hier ja große Unterschiede in der Betroffenheit etwa zwischen Bars und Restaurants gebe. Zudem sehe er grundsätzlich Bund und Land in der Pflicht. „Wer für einen Lockdown sorgt, muss auch für die Folgekosten aufkommen.“ Das sieht auch

OB Thomas Geisel (SPD) so. „Angesichts der sich abzeichnenden sehr schwierigen Haushaltslage bin ich irritiert, wie leichtfertig der Spitzenkandidat einer Partei, die die Schuldenfreiheit jahrelang wie eine Monstranz vor sich hergetragen hat, jegliches fiskalisches verantwortungsbewusstes Handeln vermissen lässt, nur um sich mögliche Wählerstimmen zu sichern.“

Wie dennoch kommunale Hilfe für Gastronomen aussehen kann, zeigt übrigens die Stadt Wien. Sie stellt aktuell 40 Millionen Euro bereit, um den 950.000 Haushalten in der Stadt jeweils einen Gutschein in Höhe von 25 Euro (eine Person) oder 50 Euro zukommen zu lassen. Er kann dann kurzfristig in einem Lokal der Wahl eingelöst werden.